FDP Limburg-Weilburg

FDP UND IHK DISKUTIEREN WIRTSCHAFTSTHEMEN

01.06.2017

VERTRETER DER FDP TAUSCHTEN MIT DEM PRÄSIDIUM UND VERTRETERN DES HAUPTAMTES DER IHK LIMBURG AM 22. MAI 2017 ERFAHRUNGEN UND GEDANKEN ÜBER AKTUELLE WIRTSCHAFTLICHE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE REGION AUS.

Zu Gast in der IHK waren Dr. Stefan Ruppert, Landesvorsitzender der hessischen Freidemokraten und Bundestagskandidat, Alexander Müller, Bundestagskandidat und Marion Schardt-Sauer, FDP-Kreisvorsitzende. „Gerade in der Region Limburg-Weilburg gibt es viele wachstumsstarke Unternehmen, die als Arbeitgeber für Tausende von Mitarbeitern und als Innovationstreiber in ihren Branchen von großem Wert für die Region sind. Diese sollten mit bestmöglichen Bedingungen an den Standort gebunden werden. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf dem Fachkräftemangel liegen“, erklärte Dr. Ruppert.

„Viele junge Menschen verlassen nach der Schulausbildung den Kreis zum Studieren oder Arbeiten im Rhein-Main-Gebiet und kommen nicht wieder zurück. Die IHK unterstützt daher Initiativen wie die Ansiedelung von StudiumPlus in Limburg, um den Nachwuchs in der Region zu halten“, sagte IHK-Präsident Ulrich Heep.

Abgerufen am 23.11.2026 unter https://fdp-limburg-weilburg.de/?p=250

Ein Beleg für den Wettbewerb der Regionen seien auch die vielen tausend Pendler, betonte Vizepräsident Leonhard Wagner. Den Wert der dualen Berufsausbildung für die Fachkräftesicherung hob Vizepräsidentin Christa Oesterling hervor: „Eine noch bessere Ausstattung der guten Berufsschulen im Kreis ist wichtig für den Erfolg insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Region."

Die Vertreter der FDP betonten, dass für die Fachkräftesicherung auch die über ein Einwanderungsgesetz zu steuernde Zuwanderung von großer Bedeutung sei. Zugleich müssten die Unternehmen attraktiv für Beschäftigte aus dem Ausland sein. „Hier haben ländliche Regionen immer noch einen Nachteil gegenüber den Ballungsräumen", stellte Dr. Ruppert fest „und haben es mittelständische Betriebe schwerer als Konzerne", ergänzte Heep.

Rahmenbedingungen verbessern

Um Hessen als Industriestandort in Deutschland zu stärken, müssten verschiedene Rahmenbedingungen verbessert werden, betonten die Gesprächspartner aus FDP und IHK.

Bei der Energieversorgung sei es für Unternehmen neben bezahlbaren Kosten wichtig, Schwankungen in der Stromverfügbarkeit zu vermeiden, da sie zu Ausfällen und Schäden in der Produktion führen können. Zudem müssten die Kapazitäten zum Speichern der Energie ausgebaut werden, sagte Dr. Ruppert. Zum Ausbau des Breitbands führte Heep aus, dass dieser stärker als nationale Aufgabe verstanden werden müsse, statt ihn den einzelnen Landkreise und Kommunen aufzuerlegen. „Ein nationales Breitband-Ausbauprogramm in der Fläche könnte aus den Mitteln der Bundesanleihe an der Telekom AG finanziert werden", verwies Müller auf Pläne der FDP-Bundespartei. Auch sei der Ausbau und Erhalt der Verkehrswege ein wichtiger Standortfaktor. Hier gelte es, die für Baumaßnahmen vorhandenen finanziellen Mittel abzurufen und dazu das für die Planung und Umsetzung notwendige Personal in den Landesbehörden bereitzustellen. Zudem sollten Planungsprozesse beschleunigt und damit billiger gemacht sowie politische Entscheidungen der gewählten Volksvertreter entschiedener gegen Einzelinteressen durchgesetzt werden.

Als Beeinträchtigung des Wirtschaftsstandorts bezeichnete Marion Schardt-Sauer die Maßnahmen des Luftreinhalteplans für Limburg. Sie stimmte der IHK Limburg zu, dass das Durchfahrtsverbot für LKWs einen starken Eingriff in die Transportabwicklung in der

Abgerufen am 23.11.2026 unter https://fdp-limburg-weilburg.de/?p=250

gesamten Region darstelle. Man müsse im gemeinsamen Wirtschaftsraum Limburg-Diez die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten verbessern, waren sich Vertreter aus Politik und Wirtschaft einig.

Abgerufen am 23.11.2026 unter https://fdp-limburg-weilburg.de/?p=250